

Alleinvertretungsanspruch praktizieren wird, beweist z. B. der Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO, in dem sich die DDR gleichzeitig für die Aufnahme der Bundesrepublik in diese Organisation einsetzte.

Viele Beiträge waren von einer großen Sorge über die Entwicklung in Westdeutschland gekennzeichnet. Immer wieder wurde die verhängnisvolle, die europäische Sicherheit und damit die Gewährleistung der Menschenrechte gefährdende Rolle des westdeutschen Neonazismus angeprangert und betont, daß der Neonazismus das Ergebnis der imperialistischen und menschenfeindlichen Politik der Bonner Regierung ist. Während die Bonner Regierung die KPD verboten hat, die Verbreitung des neuen Programms dieser Partei mit allen Mitteln der Gewalt und des Terrors zu verhindern sucht, tut sie nichts gegen eine neue Naziartei wie die NP, die offizielle Unterstützung genießt.

Bolkowiak charakterisierte das Anwachsen des Neonazismus 23 Jahre nach Beendigung des faschistischen zweiten Weltkrieges heute in Westdeutschland als eine Kriegserklärung an alle Antifaschisten in Europa und in der ganzen Welt. Noch sind die Wunden des Krieges nicht geheilt, während in Westdeutschland die Kriegsverbrecher ungestraft führende Positionen einnehmen. Es ist bezeichnend für die Situation im westdeutschen Staat, erklärte der Labour-Abgeordnete Ensor, daß an der Spitze dieses Staates ein Präsident steht, „der die meiste Zeit damit verbracht hatte, Konzentrationslager zu bauen“. Ein Staat, der einen KZ-Baumeister als Bundespräsidenten schützt, kann von der friedlichen Welt nicht geachtet werden.

Andere Diskussionsteilnehmer hoben hervor, daß das Emporkommen und die weitere Stärkung der NP nicht nur für das deutsche Volk, sondern für alle Völker Europas Alarmzeichen seien. Unterhausabgeordneter Silvermann rief alle Völker Europas zur Wachsamkeit auf. Er erinnerte an die historische Parallele: Der Faschismus von 1933 wurde in der Weimarer Republik geboren, und heute entsteht hinter der bürgerlich-demokratischen Fassade des westdeutschen Staates der neue Faschismus. Wer die richtigen Schlussfolgerungen aus der Geschichte gezogen hat, weiß, wohin dieser Weg führen kann.

Dr. Fritz Hellendall, Rechtsanwalt und Delegierter der britischen Juristenvereinigung, verlas eine Entschließung der Jahresversammlung seiner Organisation, in der das Anwachsen des Neonazismus in Westdeutschland als eine Bedrohung der europäischen Sicherheit gekennzeichnet wird.

Als eine Ursache für das Emporkommen des Bonner Neonazismus bezeichneten Prof. Dr. Kaul, Nebenkläger in Nazi- und Kriegsverbrecherprozessen in Westdeutschland, und Prof. Dr. Renneberg, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, die völkerrechtswidrige Behandlung der Nazi- und Kriegsverbrecher in Westdeutschland. Führende Nazis nehmen heute wieder oder noch immer wichtige Schlüsselpositionen im Bonner Staat ein. Kommt es überhaupt zu Strafprozessen, so stehen die ausgesprochenen Strafen fast immer in keinem Verhältnis zur Schwere der Verbrechen. Hinzu kommt, daß die Bonner Regierung mit ihrem „Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen“ vom April 1965 die schwersten aller Kriegsverbrechen am 31. Dezember 1969 verjähren lassen will.

I

Auf die Beseitigung jeglicher Menschenrechte der westdeutschen Bevölkerung durch die geplante Notstandsgesetzgebung in Westdeutschland verwiesen Frau Elisabeth Dales, Sekretär des britischen Verteidigungskomitees für verfolgte Naziopfer, und Dr. Mertens aus Westdeutschland in ihren Beiträgen. Sie wiesen die Völkerrechtswidrigkeit dieser geplanten Gesetzgebung

995 nach und riefen die Teilnehmer auf, sich in ihren Ländern dafür einzusetzen,